

## „Tage der Provokation und der Ausschweifungen“

### Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bereich der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten<sup>1</sup>

Dagmar Buchbinder

In der historischen Forschung herrscht mittlerweile Übereinstimmung darüber, daß die Ursachen für die Krise im Juni 1953 vor allem in den politischen Entscheidungen der SED-Führung aus dem Jahre 1952 zu suchen sind. Auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 hatte die SED beschlossen, in der DDR den Sozialismus "planmäßig" aufzubauen - das bedeutete nichts anderes als eine Umschreibung der von ihr beabsichtigten forcierten Übertragung sowjetischer Führungsmethoden auf die DDR. Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1952 und im Frühjahr 1953 durchgeführten Veränderungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft hatten das Ziel, die ideologische Position der Partei zu festigen und die DDR noch stärker dem sowjetischen Gesellschaftsmodell anzupassen. Nach Stalins Tod im März 1953 nahm die SED unter dem Druck der neuen Machthaber in der Sowjetunion eine Korrektur ihrer bisherigen Politik vor und verkündete am 9.6.1953 einen "neuen Kurs". Die im Mai 1953 verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen wurde jedoch nicht zurückgenommen. Das war der Auslöser für die Demonstrationen am 16. und 17. Juni, die zunächst mit wirtschaftlichen Forderungen begannen, aber bald von politischen Parolen - u.a. der Forderung nach freien Wahlen - abgelöst wurden.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag entstand im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zu dem bei der DFG eingereichten Forschungsprojekt "Die Eroberung der Kultur beginnt! Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten und die Kulturpolitik der SED (1949-1953)".

<sup>2</sup> Zu Vorgeschichte und Ablauf der Juni-Ereignisse siehe u.a. Kowalczyk, Ilko-Sascha et al. (Hrsg.): Der Tag X - 17. Juni 1953. Die "Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis

Die bisher vorliegenden Untersuchungen über Hintergründe und Verlauf der Unruhen belegen, daß die Demonstrationen vor allem von den Arbeitern und Angestellten der Industriebetriebe ausgingen. Die Frage nach dem Verhalten anderer gesellschaftlicher Schichten zur Politik der SED vor und nach den Juni-Ereignissen konnte bisher nicht hinreichend befriedigend beantwortet werden. Das gilt auch für die sogenannte künstlerische Intelligenz (bildende Künstler, Musiker, Schauspieler und Dramaturgen sowie Dozenten und Studierende an den Musik- und Kunsthochschulen der DDR). Diese stellen ja keine homogene Gruppe dar und sind - sofern sie als einzelne Personen an Kundgebungen und Aktionen beteiligt waren - nicht in dem Maße aufgefallen wie die Industriearbeiter.<sup>3</sup> In der Literatur wird überwiegend die Meinung vertreten, daß die Künstler und Intellektuellen von den Ereignissen ebenso überrascht worden seien wie die Führung der SED und die Kunstfunktionäre der Partei. Eine Solidarisierung mit den Streikenden habe nicht stattgefunden.<sup>4</sup> Erst nach der Verkündung des "neuen Kurses" hätten sich diese Gruppen - vorwiegend die in der

---

der Krise 1952/54, Berlin 1995; Mitter, Armin/ Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1995; Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 1993, S. 34ff; ferner die Analysen und Dokumentationen in: Spittmann, Ilse/ Fricke, Karl Wilhelm (Hrsg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1988.

<sup>3</sup> Diese Überlegungen finden sich - in Bezug auf die Gruppen der "alten Mittelschichten" und der Bauern - auch bei Heider, Magdalena/Thöns, Kerstin (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbund-Protokolle, Köln 1990, S. 7ff.

<sup>4</sup> Sogar hämische Kommentare wurden laut: Am bekanntesten ist wohl der Aufruf des Schriftstellers (und Sekretär des Schriftstellerverbandes) Kuba (Kurt Barthel), der sich im "Neuen Deutschland" vom 20.6.1953 für das Verhalten der demonstrierenden Arbeiter ostentativ "schämte". Brecht antwortete darauf mit seinem berühmten Gedicht "Die Lösung" ("... Wäre es da/ nicht doch einfacher, die Regierung/ löste das Volk auf und/ wählte ein anderes?").

Akademie der Künste und im Kulturbund organisierten Künstler - zu Wort gemeldet und versucht, der Parteiführung "eine neue Art des Umgangs mit den Intellektuellen abzutrotzen."<sup>5</sup> Von den damaligen Konflikten und Reaktionen der beteiligten Künstler ist ebenfalls noch wenig bekannt. Die von der Forschung bis jetzt noch kaum geleistete Auswertung der Archivbestände der zahlreichen für die Künstler der DDR zuständigen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen (z.B. der Deutschen Akademie der Künste, der Gewerkschaft Kunst, der Verbände der bildenden Künstler und Komponisten)<sup>6</sup> - wie auch der umfangreichen Akten der Kulturabteilung des ZK der SED<sup>7</sup> - würde eine Analyse der Stimmungslagen, Ansichten und Haltungen innerhalb dieser Gruppen vor, während und nach der Juni-Krise ermöglichen. Derartige

Studien könnten ferner zeigen, wie die Partei versuchte, ihre am sowjetischen Modell orientierte Kunstdoktrin des "sozialistischen Realismus" mit seinen Kampflösungen gegen "Formalismus", "Dekadenz", "Kosmopolitismus" und "amerikanische Unkultur" unter den Künstlern durchzusetzen, und welche gegenläufigen und widerständigen Elemente im künstlerischen und kulturellen Leben dem entgegenstanden. Auch die Frage nach den praktizierten besonderen Mechanismen der "Konfliktregulierung" zwischen den Kulturkadern der SED und den betroffenen Künstlern fände dann wahrscheinlich eine Antwort. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, die in den Jahren 1951 bis 1953 - in Anlehnung an das entsprechende sowjetische Gremium, das "Staatliche Komitee für Kunstangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR" - als eine der ersten staatlichen Lenkungs- und Kontrollbehörden der DDR für die Bereiche Musik, bildende Kunst, Theater, Laienkunst sowie für die künstlerische Fachausbildung an den Musik- und Kunsthochschulen zuständig war und deren Verwaltungsakten (mit der Vorprovenienz Ministerium für Kultur) 1990 ins Bundesarchiv gelangten.

### *1. Die Staatliche Kunstkommission*

Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten war nach intensiven Planungen innerhalb von Politbüro und Kulturabteilung des ZK der SED offiziell am 31.8.1951 von Otto Grotewohl "berufen" worden, der in seiner programmatischen Eröffnungsrede unmißverständlich das politische Führungsmonopol der Partei in Fragen der Kunst und Kultur formuliert hatte.<sup>8</sup> In ihren Schlüsselpositionen war sie mit bewährten KPD/SED-Funktionären besetzt: Als Vorsitzender fungierte Helmut Holtzhauer (bis 1951 Volksbildungsminister in Sachsen), als seine Stellvertreter Maria Rentmeister (KPD-Kulturreferentin

<sup>5</sup> Siehe dazu u.a. Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995, S.71/73; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Volkserhebung ohne "Geistesarbeiter"? Die Intelligenz in der DDR, in: Kowalczyk, Ilko-Sascha et al. (Hrsg.), a.a.O., S.129-169; Heider, Magdalena/Thöns, Kerstin (Hrsg.), a.a.O.; Knoth, Nicola: Loyale Intelligenz? Vorschläge und Forderungen 1953, in: Cerny, Jochen (Hrsg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig et al. 1990, S. 149-155; Rühle, Jürgen: Der 17. Juni und die Intellektuellen, in: Spittmann, Ilse/ Fricke, Karl Wilhelm (Hrsg.), a.a.O., S. 178-196.

<sup>6</sup> Für den Kulturbund siehe die Arbeit von Heider, Magdalena: Politik - Kultur - Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954 in der SBZ/DDR, Köln 1993, S. 170-192. Eine von der Akademie der Künste für 1996 angekündigte, aber bis jetzt noch nicht publizierte Dokumentation wird auch ein Kapitel über den 17. Juni 1953 enthalten. Siehe: Dietzel, Ulrich/Geißler, Gudrun (Hrsg.): Zwischen Diskussion und Disziplin. Dokumente zur Geschichte der Akademie der Künste (Ost) 1945-1983.

<sup>7</sup> Als "Schaltstelle" für die Umsetzung der kulturpolitischen Direktiven der SED-Führung ist die Kulturabteilung der Partei anzusehen. Ihr oblagen "Anleitung und Kontrolle" der auf dem Gebiet der Kulturpolitik tätigen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die dadurch unmittelbar an den Parteiapparat angebunden waren.

<sup>8</sup> Siehe dazu: "Die Eroberung der Kultur beginnt!", in: Deutsche Kulturpolitik. Reden von Otto Grotewohl, Dresden 1952, S. 145-160.

und bis 1951 verantwortlich für die Hauptabteilung Kunst im Ministerium für Volksbildung) und - nach der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 - Ernst Hoffmann (ZK-Mitglied und bis 1951 2. Sekretär der SED-Landesleitung Groß-Berlin). Die Kunstkommission erhielt die Rechtsstellung eines Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich beim Ministerrat der DDR und war für die "einheitliche und zentrale Leitung der gesamten Kunstangelegenheiten der DDR" verantwortlich.<sup>9</sup> Sie stellt die unmittelbare Vorgängerinstitution des Ministeriums für Kultur dar, das im Januar 1954 seine Aufgaben und Einrichtungen - wie auch den Amtssitz im ehemaligen Schwerinischen Palais (Molkenmarkt 1-3) und die Mehrzahl der Mitarbeiter - übernahm und bis 1990 das oberste staatliche Gremium im künstlerischen Leben der DDR gewesen war.

Die neue Behörde setzte sich zusammen aus einem kollektiven Beratungsgremium, der "Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten", deren Mitglieder vom Politbüro des ZK der SED aus den verschiedensten Bereichen des politischen und kulturellen Lebens der DDR berufen wurden<sup>10</sup>, und einem dieser unterstellten hier-

archisch gegliederten Verwaltungsapparat, dessen leitende Mitarbeiter zum Teil in Personalunion dem Beratungsgremium "Kunstkommission" angehörten. Er bestand aus den vier Hauptabteilungen „Darstellende Kunst und Musik“ (die im März 1953 in zwei eigenständige Hauptabteilungen aufgeteilt wurde), „Bildende Kunst, Künstlerischer Nachwuchs/Lehranstalten und Laienkunst“ sowie den beiden selbständigen Abteilungen „Kulturelle Beziehungen zum Ausland“ und „Künstlerische Fachliteratur“. Als Querschnittsabteilungen existierten die Abteilungen „Sekretariat“, „Haushalt“, „Allgemeine Verwaltung“ und „Planung“.<sup>11</sup>

Der nach der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 von der SED verkündete "Aufbau des Sozialismus" erforderte auch im kulturellen Bereich eine verstärkte Anpassung an die sowjetische Kunstpraxis. Die Veränderungen im Staatsapparat der DDR, die im Laufe des Jahres 1952 erfolgten, wirkten sich ebenso auf die Staatliche Kunstkommission aus. So erhielt sie wie alle Ministerien und Staatssekretariate - entsprechend den Ministerratsbeschlüssen vom 17. Juli 1952 und 4. Dezember 1952 - ein weiteres "beratendes Organ", das sogenannte Kollegium, und innerhalb ihres Sekretariats eine zusätzliche "Kontrollstelle". Beiden Gremien gehörten ausschließlich leitende Mitarbeiter der Kunstbehörde und ihres bereits bestehenden Beratungsgremiums an. Im Frühjahr

<sup>9</sup> Siehe hierzu die beiden Verordnungen zur Errichtung und den Aufgaben der Staatlichen Kunstkommission vom 12.7.1951, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 85, Berlin, den 17.7.1951, S.683-685, sowie die Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Errichtung der Staatlichen Kunstkommission vom 21.8.1951, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 100, Berlin, den 27.8.1951, S. 788.

<sup>10</sup> Dazu gehörten der Vorsitzende Helmut Holtzauer, seine Stellvertreter Maria Rentmeister und Ernst Hoffmann, Otto Lang (Direktor des Deutschen Theaterinstituts in Weimar), Hermann Abendroth (Generalmusikdirektor und Leiter der Weimarer Staatskapelle), Hans Sandig (Leiter des Jugendchores des MDR), Fritz Dähn (Rektor der Hochschule für bildende Kunst in Dresden und 1952/53 Vorsitzender des Verbandes bildender Künstler), Otto Nagel (Maler), Achim Wolter (Direktor des Hauses der Kultur der Sowjetunion), Hans Rodenberg (Leiter des Theaters der Freundschaft), Fritz Erpenbeck (Chefredakteur von

"Theater der Zeit") und Wilhelm Girnus (Kulturredakteur "Neues Deutschland").

<sup>11</sup> Der personelle Aufbau der neuen Behörde ging zunächst recht schleppend voran; die 1951 für den Verwaltungsapparat vorgesehenen 232 Stellen sind nie voll besetzt worden (siehe dazu: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/156, Protokoll Nr. 56 der Sitzung des Politbüros vom 10.7.1951, Anlage Nr. 12, "Stellen- und Strukturplan der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten mit Tätigkeitsmerkmalen", S. 134-154). Bei ihrer Auflösung Ende 1953 verfügte die Kunstkommission über 127 Mitarbeiter: Siehe dazu die Liste der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die am 14.12.1953 an der erweiterten Sitzung des Kollegiums der Kunstkommission teilnahmen bzw. verhindert waren: BArch, DR 1/5859, unpaginiert, Bestand "Sekretariat".

1953 wurde der Kunstkommission - in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Sowjetischen Kontrollkommission in Karlshorst - ein offizielles "Statut" verordnet, das bis in die Formulierungen hinein dem sowjetischen Vorbild entsprach.<sup>12</sup>

Die Weisungsbefugnisse der Kunstkommission waren nahezu unbeschränkt. Ihr unterstanden "Anleitung und Kontrolle" der Verwaltungen für Kunstangelegenheiten der Länder bzw. (nach der Verwaltungsreform 1952) der Abteilungen/Referate für Kunst und kulturelle Massenarbeit bei den Räten der Bezirke/Kreise. Als Lenkungs- und Kontrollbehörde war sie unmittelbar zuständig für die wichtigsten künstlerischen Institutionen der Republik, d.h. für die Berliner Theater und Opern/Operettenhäuser (Deutsches Theater, Berliner Ensemble, Theater der Freundschaft, Staatsoper, Komische Oper, Metropol-Theater) und die Berliner Staatlichen Museen sowie für das Junge (Theater-)Ensemble in Weimar. Außerdem waren ihr die wichtigsten künstlerischen Hochschulen der Republik unterstellt, d.h. in Berlin die Hochschule für angewandte Kunst und die Deutsche Hochschule für Musik, in Leipzig die Staatliche Hochschule für Grafik und Buchkunst, in Dresden die Staatliche Hochschule für bildende Kunst, in Weimar die Staatliche Hochschule für Musik und das Deutsche Theaterinstitut, in Halle/Saale die Hochschule für Musik. Ferner unterstanden ihr noch folgende Einrichtungen: Der Deutsche Konzert- und Veranstaltungsdienst, das Büro für Theaterfragen, der Kulturfonds, das Zentralhaus für Laienkunst in Leipzig und die Anstalt zur Wahrung der Aufführungsrechte auf dem Gebiet der Musik (AWA).

Die Arbeit der Kommission vollzog sich - wie in allen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen der DDR - streng nach Plan. Ein für die gesamte DDR entwickelter "Kulturentwicklungsplan" bildete die Grundlage für den jeweiligen Jahresarbeits-

plan der Kommission und die entsprechenden Wochen-, Monats- und Quartalsarbeitspläne der Fachabteilungen. Auf den wöchentlichen Sitzungen der Kunstkommission und des Kollegiums wurden die Direktiven der Parteiführung und entsprechende Richtlinien für deren Umsetzung bekanntgegeben sowie grundsätzliche "ideologische Probleme der Kunst" erörtert. Danach fanden "Kollektivbesprechungen" des Vorsitzenden mit den Hauptabteilungsleitern statt, deren Ergebnisse anschließend in Arbeits- und Dienstbesprechungen innerhalb der Fachabteilungen weitergegeben wurden. Bei den regelmäßig durchgeführten Dienst- und Informationsreisen in die künstlerischen Zentren der Republik hatten die Fachreferenten - häufig in "Komplexbrigaden" aus Mitarbeitern verschiedener Abteilungen zusammengefaßt - den Funktionären und Künstlern vor Ort die kunstpolitischen Beschlüsse der SED und die Anweisungen der Kunstkommission zu erläutern, "Aussprachen" über "künstlerisch-ideologische Fragen" zu führen und Anregungen oder Beschwerden an die Zentrale in Berlin weiterzuleiten. Die Resultate dieser Inspektionsreisen schlugen sich in umfangreichen Berichten nieder. Der bürokratische Aufwand dieser Kunstadministration war enorm. Nach der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 verstärkten sich die Bemühungen der Funktionäre um eine "Verbesserung" der ideologischen Arbeit, der Disziplin und der Methoden wie der "wissenschaftlichen Grundlegung der Arbeitsweise"<sup>13</sup> - was eine neue Flut von Analysen, Anweisungen, Aktenvermerken, Berichten, Protokollen, Richtlinien, Statistiken etc. zur Folge hatte.

#### *Die Ereignisse um den 17. Juni 1953*

Die SED-Führung hatte in ihrer Erklärung vom 9. Juni 1953 nach den Vorgaben der sowjetischen Führung einen "neuen Kurs"

<sup>12</sup> Das Material zu diesem Vorgang befindet sich in den Akten des Sekretariats der Kunstkommission: BArch, DR 1/5861, unpaginiert.

<sup>13</sup> Siehe dazu: "Beslußfassung anlässlich der Beratung über die nächsten Aufgaben der Kunstkommission" aufgrund der Beschlüsse der II. Parteikonferenz mit der Gesamtheit der Kommission am 25.7.1952" (BArch, DR 1/5804, unpaginiert, Bestand "Bildende Kunst").

angekündigt, der die wirtschaftliche Lage der Menschen in der DDR zu "verbessern" versprach, die Erhöhung der Arbeitsnormen jedoch nicht zurücknahm. Die Mitglieder des Politbüros erkannten aber ebenso wenig wie die Funktionäre in den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, wie angespannt die tatsächliche Situation im Land bereits geworden war. Auch die Protokolle der Sitzungen des Kollegiums der Kunstkommission vom 1., 8. und 15. Juni lassen noch keine Krisensignale erkennen. Die Kunstfunktionäre behandelten Themen wie die Verleihung der Nationalpreise, das geplante "Zentrum für Kunstwissenschaft", die Vorlage eines "Museumsstatuts" und den Stand der "Reorganisation des Theaterwesens" in der DDR. Am 15. Juni standen die "Entwicklung der Musikkultur in der DDR", die Arbeit der Fachabteilungen hinsichtlich der "patriotischen Erziehung der Werktätigen durch die Kunst", die "gesamtdeutsche Arbeit" sowie das "Nationale Aufbauprogramm" auf der Tagesordnung. Das Protokoll dieser Sitzung wurde am 16. Juni 1953 angefertigt.<sup>14</sup>

Die *Sitzungen des Kollegiums am 22. und 29. Juni 1953* unterscheiden sich von den vorangegangenen und nachfolgenden<sup>15</sup> er-

<sup>14</sup> Siehe dazu: BArch, DR 1/5859, unpaginiert, Bestand "Sekretariat". Hier befinden sich insgesamt 19 Protokolle der Sitzungen des im Juli 1952 eingerichteten Kollegiums, die damit für die zweite Hälfte des Jahres 1953 einigermaßen vollständig vorliegen, sowie drei Protokolle des Beratungsgremiums "Kunstkommission" (vom 9. September 1952 und 2. Juni bzw. 7. Juli 1953). Die für die Juni-Ereignisse relevanten Protokolle der Kommission befinden sich in den weiteren, umfangreichen Beständen dieser Abteilung und konnten noch nicht eingesehen werden.

<sup>15</sup> Die Kollegiumssitzung am 6. Juli 1953 verlief wieder normal. Maria Rentmeister war in Urlaub gegangen, und Mitglieder der Parteileitung oder anderer staatlicher Stellen nahmen nicht mehr daran teil. Auf der Tagesordnung standen Themen wie die alljährlichen "Kreis Sommerfeste" mit ihren kulturellen Veranstaltungen, die geplante Valuta-Ordnung für Reisen nach Westdeutschland, die Aufarbeitung der angelaufenen Rückstände ("Subotnik") und die mögliche Erhöhung der Zahl der Schreibkräfte für Rentmeister und Hoffmann:

heblich. Die Protokolle dieser beiden Besprechungen lassen etwas von der gespannten und hektischen Atmosphäre ahnen, die nach den Demonstrationen des 16. und 17. Juni auch innerhalb der Behörde und unter den Mitgliedern ihrer Beratungsgremien geherrscht haben dürfte. Die eingesetzten Kunstverwalter standen den Ereignissen einigermaßen ratlos gegenüber, identifizierten sich jedoch bedingungslos mit den kulturpolitischen Vorgaben der Partei. Außerdem belegen die Aufzeichnungen, welche Rolle die SED der Staatlichen Kunstkommission jetzt zugedacht hatte - die Künstler weiterhin anzuleiten und zu kontrollieren, sie aber auch über ihre Einstellung zu den politischen Ereignissen auszuforschen (und eventuelle "Provokateure" zu melden), sie notfalls zu beruhigen und ihnen die Linie der Partei zu "erläutern". Konzepte für einen neuen Umgang der Partei mit den Künstlern zu entwickeln - dafür war sie nicht 'programmiert' worden. Formulierungen, die eine Nichteinmischung des Staates in das kulturelle Leben oder eine freie Entwicklung aller Strömungen in Wissenschaft, Literatur und Kunst zu versprechen schienen, blieben Lippenbekenntnisse und waren rein taktischen Erwägungen geschuldet. Die von den Künstlern im Zusammenhang mit dem "neuen Kurs" erhoffte Liberalisierung auf kulturpolitischer Ebene trat nicht ein und war von der SED auch nicht vorgesehen.<sup>16</sup>

Als das Kollegium am 22. Juni 1953 zusammentrat, hatte sich die Situation grundlegend geändert. Einziger Punkt der Tagesordnung war die Erklärung des ZK der SED, "Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei", die am gleichen Tag im "Neuen Deutschland" veröffentlicht worden war und in der die Juni-Ereignisse als "faschistische Provokation" bezeichnet wurden. An dieser Sitzung nahmen nicht nur die Mitglieder des Kollegiums teil -

siehe BArch, DR 1/5859, unpaginiert, Bestand "Sekretariat".

<sup>16</sup> Zu den Forderungen der in der Akademie der Künste und im Kulturbund vertretenen Künstler siehe u.a. die Untersuchung von Heider über den Kulturbund: a.a.O., S. 172ff.

Helmut Holtzhauer, Ernst Hoffmann, Maria Rentmeister, Heinz Besch (Laienkunst), Kurt Bork (Darstellende Kunst), Hans-Georg Uszkoreit (Musik) -, sondern auch Mitglieder der Parteileitung innerhalb der Kunstkommission - Parteisekretär Richard Kummetz (Sekretariat), Willi Lewin (zuständig für die Spielplankontrolle in der Theaterabteilung) sowie Zocher (Künstlerischer Nachwuchs und Lehranstalten), Speick (Personalabteilung), Kröger (Laienkunst) und Pötzsch (Referent für gesamtdeutsche Arbeit in der Abteilung Kulturelle Beziehungen zum Ausland). Außerdem war der Fachreferent für Kunstangelegenheiten der im Mai 1952 eingerichteten "Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst" (Leiter: Paul Wandel), Folkmann, anwesend.<sup>17</sup>

Nachdem Ernst Hoffmann über die Sitzung des ZK in der vorangegangenen Nacht berichtet und seinen Kollegen die "Empfehlungen" der Partei bekanntgegeben hatte, erörterte das erweiterte Kollegium fast drei Stunden lang diverse Maßnahmen, wie auf die "Situation" zu reagieren sei. Die Vorschläge reichten von der eher hilflosen Anregung, zur Beruhigung der Bevölkerung zusätzliche volkstümliche Konzerte (sogenannte Estradenkonzerte) durch die Deutsche Konzert- und Gastspielliederektion zu veranstalten (Hans-Georg Uszkoreit), über die Notwendigkeit, zu jeder Theaterveranstaltung der nächsten Tage ein Mitglied der Kunstkommission zu entsenden (Willi Lewin) bis hin zur Überprüfung der Lage an den Kunsthochschulen (Zocher) und der sofortigen Kontaktaufnahme mit den Kulturkadern der Bezirke und Kreise (Pötzsch). Besonderes Gewicht wurde auf eine Verstärkung der "Kulturarbeit in den Betrieben" (Maria Rentmeister) und der kultu-

rellen Massenarbeit gelegt: Mit Paul Wandel sollte über die rasche Einrichtung einer "Hauptabteilung kulturelle Massenarbeit" gesprochen werden (die aber erst 1954 im Ministerium für Kultur etabliert wurde). Schließlich kündigte der Vorsitzende Helmut Holtzhauer folgende Maßnahmen an:

1. Intensive Gespräche der leitenden Funktionäre mit allen Mitarbeitern des Hauses, um diese bei "schwierigen Diskussionen, die in ihrem persönlichen Kreis auftauchen", zu unterstützen;
2. Aufstellung eines Einsatzplanes der leitenden Funktionäre und ihrer Fahrten in die künstlerischen Zentren Groß-Berlins und der DDR;
3. regelmäßige Beratungen mit Vertretern der künstlerischen Institutionen (Akademie der Künste, Verbände, Verlage, Kunstzeitschriften), um "das Vertrauen der künstlerischen Intelligenz" in die Kunstkommission zu festigen;
4. Einhaltung aller den Künstlern gegenüber eingegangenen materiellen Verpflichtungen;
5. verstärkte "Zuführung" begabter Arbeiter- und Bauernkinder an die künstlerischen Lehranstalten;
6. verstärkte "Heranziehung breiter Kreise der Werktätigen" zu künstlerischen Veranstaltungen;
7. Aktivierung der "künstlerischen Selbstbetätigung der Werktätigen";
8. Erläuterung der geplanten Fahrten der leitenden Mitarbeiter in die Kreise und Bezirke in einer Belegschaftsversammlung.<sup>18</sup>

Ergänzt wurden diese Vorschläge durch die dringende "Empfehlung" des 'Hardliners' Ernst Hoffmann, bei Diskussionen über die Fragen des Realismus "unbedingt von den Beschlüssen des III. Parteitages und der Tagung des 5. Plenums des ZK auszugehen" - ein klares Indiz dafür, daß die SED nicht daran dachte, ihre am sowjetischen Vorbild ausgerichtete kunstpolitische Linie und den "Kampf gegen den Formalismus in

<sup>17</sup> Ebenda. Auf den fragmentarischen Charakter der in diesem Beitrag angeführten Namen von Referenten der Kunstkommission (und anderer Institutionen) soll eigens hingewiesen werden. Die Vornamen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tauchen in der Regel in den Verwaltungsakten nicht auf. Soweit diese hier fehlen, waren sie aus den bisher eingesehenen Beständen nicht zu ermitteln.

<sup>18</sup> Ebenda.

Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur" (so der Titel der offiziellen ZK-Entscheidung vom März 1951) aufzugeben.

In der Besprechung des Kollegiums am 29. Juni 1953, an der dieselben Funktionäre teilnahmen wie an der Sitzung eine Woche zuvor<sup>19</sup>, wurde von Helmut Holtzhauer in acht Punkten ausführlich der Entwurf eines Textes über die "Aufgaben der Kunstkommission aufgrund des ZK-Beschlusses" erläutert, der anlässlich der nächsten offiziellen Sitzung der Staatlichen Kunstkommission am 7. Juli 1953 vorgestellt werden sollte.<sup>20</sup> Während die ersten beiden Punkte nur die bekannten offiziellen Verlautbarungen der SED zur Kulturpolitik der DDR wiederholen, ("Erziehung der Volksmassen", "Entwicklung des kulturellen Niveaus", "Förderung einer humanistischen, streitbaren, realistischen Kunst und gegen kosmopolitische, antinationale Dekadenz"), tauchen in den weiteren bislang ungewohn-

te Überlegungen auf ("Eigenverantwortung der Künstler", "größere Selbständigkeit" der Institute, "Freizügigkeit" für künstlerische Themen und Methoden), deren Umsetzung in der Tat einen "neuen Kurs" hätte bedeuten können - wenn bestimmte eindeutige Formulierungen die Aussagen nicht wieder relativiert hätten. So sind sie als bloße Leerformeln zu werten. Die Punkte drei bis acht lauten:

3. Achtung des künstlerischen Produktionsprozesses, der nicht durch "Eingriffe zu stören ist"; das Ziel dieses "Prozesses" ist jedoch bereits festgelegt: "Die Kunst der Gegenwart und die Aneignung des kulturellen Erbes dient der Festigung des Nationalbewußtseins";
4. Förderung der Kunst nicht durch administrative Maßnahmen, sondern durch "Überzeugung" - denn: "Die Entwicklung der Kunst ist ein langwieriger, mit geduldiger Beharrlichkeit zu lenkender Prozeß" (Hervorhebung: D.B.);
5. maximale Eigenverantwortung der Künstler und Kunstinstitute - aber nur "im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen"!
6. Größere Selbständigkeit der örtlichen Organe und Einrichtungen anstatt "übermäßiger" zentraler Leitung;
7. stärkere Entwicklung des "Meinungsstreites auf ideologischem Gebiet" - der aber nicht frei, sondern vorwiegend in den Verbänden, Zeitschriften und in der Presse "geführt werden soll";
8. "volle Freizügigkeit für Methoden und Thematik des künstlerischen Schaffens".<sup>21</sup>

In der sich anschließenden erregten Diskussion wurde über konkrete Maßnahmen jedoch überhaupt nicht gesprochen. Hans-Georg Uszkoreit (Musik) betonte, seiner Ansicht nach müsse "die Überzeugungsarbeit" intensiviert werden, "so daß die Künstler mit Freude an ihre Aufgabe gehen". Kurt Bork (Darstellende Kunst) wollte auf die unter Theaterleuten heftig um-

<sup>19</sup> Hinzugekommen waren noch die Leiter der Abteilungen Musik und Personal, Rudolf Hartig und Ernst Räth, sowie der Referent für bildende Kunst in der Abteilung Künstlerischer Nachwuchs und Lehranstalten, Schrödter: Protokoll der Sitzung des Kollegiums am Montag, 29. Juni 1953, in: Bestand "Sekretariat", BArch, DR 1/5859, unpaginiert.

<sup>20</sup> An der Sitzung der Kunstkommission vom 7. Juli 1953 nahm dann auch eine Delegation der Deutschen Akademie der Künste teil. Die von Holtzhauer am 29. Juni vorgestellten 8 Punkte sind als eine Reaktion auf die herbe Kritik zu verstehen, die bereits bei einer Besprechung der Akademie am 26. Juni an den Funktionären der Kunstkommission geübt worden war. Nach Aussage von Wolfgang Langhoff (Sektion Theater) habe Holtzhauer bei den vorangegangenen "Aussprachen" lediglich aus den Verordnungen zitiert und darauf bestanden, die Kunstkommission und nicht die Akademie stelle das höchste Gremium der DDR in Fragen der Kunst dar. Freilich seien weder Holtzhauer noch Ernst Hoffmann, der "Sachbearbeiter für bildende Kunst", gewillt oder imstande, einen "neuen Kurs" einzuschlagen (so das Fazit Brechts, der als Angehöriger der Theatersektion ebenfalls an der Akademiesitzung vom 26. Juni teilgenommen hatte). Siehe dazu: Dietzel, Ulrich/ Geißler, Gudrun (Hrsg.), a.a.O. (noch unveröffentlicht).

<sup>21</sup> Siehe Bestand "Sekretariat": BArch, DR 1/5859, unpaginiert.

strittene Bestätigung der Spielpläne durch die Kunstkommission nicht verzichten - lediglich die Bestätigung der Spielplanänderungen stellte er zur Disposition. Ernst Hoffmann betonte wiederholt die "gesellschaftliche Rolle der Kunst" und plädierte dafür, zunächst die geplante Staatliche Auftrags- und Prämienkommission einzurichten (die in der Tat dann im Sommer 1953 gebildet und der Kunstkommission unterstellt wurde) und im übrigen die Zusammenarbeit mit den Kunstwissenschaftlern zu "verbessern". Selbstkritik übte er im Zusammenhang mit der im Mai 1953 zuendegegangenen III. Deutschen Kunstausstellung in Dresden: Künftig sollte die Kunstkommission keinen *unmittelbaren* (Hervorhebung: D.B.) Einfluß auf die Zusammensetzung der Jury mehr nehmen. Auf den einzigen konstruktiven Vorschlag (von Maria Rentmeister), durch Einbeziehung der bedeutendsten Künstler die Arbeit der Kommission auf eine breitere Basis zu stellen, wurde nicht weiter eingegangen. Nach fast vierstündiger "Beratung" bat der Vorsitzende die Beteiligten nachdrücklich, sich doch weiterhin "ernsthaft Gedanken" zu machen und verwies auf die nächsten offiziellen Termine: die Sitzung der Kunstkommission am 7. Juli 1953 und eine ebenfalls für Anfang Juli geplante Besprechung bei Paul Wandel, an der außer ihm selbst und Ernst Hoffmann auch Vertreter der ZK-Kulturabteilung teilnehmen sollten.

#### *Einsatzpläne*

Das Kollegium der Kunstkommission hatte am 22. Juni beschlossen, die Funktionäre des Kunstapparates zu mobilisieren und sie in die "Kunstabetriebe" der DDR zu schicken. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kunstkommission entfalteten daher zwischen dem 22. und 27. Juni eine aufgelegte Reisetätigkeit, die sie nach Dresden, Leipzig, Görlitz, Halle, Magdeburg, Weimar, Karl-Marx-Stadt, StalinStadt, Frankfurt/Oder, Erfurt, Potsdam, Schwerin, Brandenburg und Rostock führte - zum Teil also in die wichtigsten Zentren der Streiks und Demonstrationen. Sie hatten die Aufgabe, sich über die Vorgänge am 16. und 17. Juni in den dortigen Museen, Theatern,

Orchestern, Kunst- und Musikhochschulen, Fachschulen, Kunsthandwerksbetrieben und Volkskunstensembles zu informieren, die allgemeine "Stimmungslage" einzuschätzen und darüber Bericht zu erstatten. Auf der Grundlage der Erklärung des ZK vom 21. Juni sollten sie Besprechungen mit den zuständigen Funktionären in den Räten der Bezirke, den Leitern und Mitarbeitern der verschiedenen künstlerischen Einrichtungen wie auch mit den freischaffenden Künstlern vor Ort führen. Ebenfalls kontrolliert wurden die Institutionen in Berlin wie auch die Behörde selbst. Die im Sekretariat der Kunstkommission gesammelten Pläne belegen, daß fast alle Abteilungen der Kunstkommission von diesem Einsatz betroffen waren.<sup>22</sup> Danach wurden 43 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus acht Abteilungen als "Instruktoren" in die Bezirke entsandt. Die Hauptabteilung Darstellende Kunst bot mit elf Mitarbeitern die höchste Anzahl auf, gefolgt von der Hauptabteilung Bildende Kunst (sechs), der Personalabteilung und den beiden Abteilungen Künstlerischer Nachwuchs und Lehnanstalten/ Kulturelle Beziehungen zum Ausland (je fünf), den Hauptabteilungen Musik und Laienkunst (je vier) und dem Sekretariat (drei). Die Berliner Institutionen wurden von 13 Mitarbeitern und der Verwaltungsapparat der Kunstkommission von 15 Mitarbeitern überprüft.

#### *Berichte der Hauptabteilung Bildende Kunst*

Bisher konnten nur die in der Hauptabteilung Bildende Kunst gesammelten Niederschriften gesichtet werden.<sup>23</sup> Aus ihnen

<sup>22</sup> Siehe BArch, DR 1/5858, unpaginiert, Bestand "Sekretariat". Insgesamt befinden sich hier 6 Einsatzpläne unterschiedlichster Art, z.T. undatiert, in Handzettelformat, die zeigen, daß bis zuletzt an den Plänen herumgefeilt wurde.

<sup>23</sup> Siehe Bestand "Bildende Kunst": BArch, DR 1/5800, unpaginiert. Die meisten Reisen wurden am 24. und 25. Juni 1953 von den Instruktoren Jäsch, Hagemann, Kurt Belz, Harry Großmann, Therese Toeldte, Köster, Schirrmeyer, Dr. Kurt Kieser, Walter Hartig und M. Engel durchgeführt. Der Leiter der Hauptabteilung, Ernst Hoffmann, beteiligte sich ebenfalls an diesen Einsätzen. Die Berichte

geht hervor, daß die bevorzugten Ziele der Instrukteure Dresden (Hochschule für bildende Kunst, Staatliche Fotothek), Leipzig (Staatliche Hochschule für Grafik und Buchkunst sowie die beiden Institute für angewandte Kunst und Denkmalpflege) und Weimar (Staatliche Hochschule für Architektur) waren. Ebenfalls große Beachtung fanden die Galerie Moritzburg und die Burg Giebichenstein (Fachschule für angewandte Kunst) in der Nähe von Halle, die Museen und das Staatstheater in Schwerin, die Staatliche Porzellanmanufaktur in Meißen sowie die Museen in Rostock und Görzitz. In den Berichten der Referenten spiegeln sich die Unruhen jener Tage ebenso wider wie die Probleme des Lehrpersonals der Kunstschulen und der Angestellten der künstlerischen Betriebe mit der verordneten SED-Kulturpolitik (und deren Umsetzung durch die Kunstkommission). Als Beispiele dafür seien hier stellvertretend die Berichte über die Ereignisse in Halle und die "Aussprachen" in Burg Giebichenstein und Meißen genannt. Am 17. und 18. Juni hatten in Halle besonders starke Demonstrationen stattgefunden, in deren Verlauf von "Provokateuren" der Versuch gemacht worden war, das Gebäude des Rates des Bezirks zu besetzen. Die Mitarbeiter der Kulturabteilung hatten das verhindert. Die SED-Kreisleitung Halle war offenbar bei den Betroffenen besonders verhaßt. Ihr wurde von den Mitarbeitern der Meißener Manufaktur vorgeworfen, kein Verhältnis zur Arbeiterschaft und Intelligenz zu haben. Die Fachschule Giebichenstein war bereits seit längerer Zeit ihren ideologischen Angriffen ausgesetzt: Die Kreisleitung habe sie als "opportunistischen sozialdemokratischen Sauhaufen" und (nach einem Artikel im "Neuen Deutschland") als "Dreckhaufen der Dekadenz" bezeichnet. Was die Zusammenarbeit mit der Kunstkommission betraf, so wurde in der "Aussprache" mit dem Instrukteur Schirrmeister festgestellt,

---

stammen vom 26. und 28. Juni. Die Akten belegen, daß auch in der ersten Juliwoche noch derartige Reisen unternommen wurden. Die Zahl der eingesetzten Instrukteure ist deutlich höher als in den Einsatzplänen angegeben.

herrsche zwar kein Mangel an Besuchen durch die Kommission, ein "ideologisch-künstlerisches Gespräch" sei aber bisher noch nicht geführt worden. Außerdem beschwerten sich die Dozenten darüber, daß die Lehrpläne ohne vorherige Diskussion einfach von der Kommission "administrativ" würden. In Meißen war es dagegen ruhig geblieben. In den Ausführungen über den Besuch der Manufaktur ist jedoch von "Mißstimmung" unter der Belegschaft die Rede. Am 17. Juni hatten 45 "Agitatoren" eine Diskussion im Betrieb durchgesetzt. Die Frage der Normenerhöhung spielte eine große Rolle. Unter den Mitarbeitern herrsche, so der Bericht der Referentin M. Engel, weiterhin großes Mißtrauen, und es sei immer wieder die Frage gestellt worden: "Warum Panzer?"<sup>24</sup>

Die Instrukteure berichten übereinstimmend, daß die meisten Einrichtungen am 17. und 18. Juni geschlossen geblieben waren. Zahlreiche "Freiwillige" hatten sich zu ihrer Bewachung bereit erklärt. Über eine Beteiligung der Mitarbeiter der Schulen und Institute wie auch der bildenden Künstler an den Demonstrationen sagen die Berichte nichts aus. In den Museen und Kunsthochschulen wurden Versammlungen und Diskussionen durchgeführt, bei denen unter den Zuhörern allerdings eine "allgemeine Unzufriedenheit" und "leichte Unruhe" zu bemerken waren. In einer angestrengt wirkenden Art wird immer wieder betont, daß die Beschlüsse des ZK "begrüßt" worden seien. Andererseits weisen die Verfasser aber auch auf "irrigere Auffassungen" und "Unklarheiten über die Frage der Stellung der Intelligenz in der DDR" hin und vermitteln den Eindruck, die bei den Versammlungen Anwesenden hätten mit ihrer wahren Meinung größtenteils zurückgehalten.<sup>25</sup>

#### *Schlußfolgerungen der Kunstfunktionäre*

---

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Ebenda (Berichte von Therese Toeldte über ein Gespräch mit dem Direktor der Schweriner Museen, Heinz Mansfeld, sowie von Ernst Hoffmann über seinen Besuch bei der Fotothek und den Instituten für Volkskunde und Denkmalpflege in Dresden).

An den Besprechungen, die unmittelbar nach Beendigung dieser Reisen innerhalb der Kunstkommission stattfanden, nahmen neben Maria Rentmeister und Ernst Hoffmann (der auch für die Abteilung Bildende Kunst zuständig war) die leitenden Referenten der wichtigsten Fachabteilungen teil: für die Abteilung Künstlerischer Nachwuchs und Lehranstalten der Fachreferent für Lehre und Ausbildung, Zocher, sowie die beiden Referenten Kufner und Binder, für die Abteilung Theater die beiden Referenten für Spielpläne, Willi Lewin und Bartolitus, für die Abteilung Musik deren Leiter Rudolf Hartig und der Referent für Konzertplankontrolle, Hans-Georg Uszko-reit, der Leiter der Personalabteilung, Ernst Räth, sowie die Kaderreferenten Jäsch, Speick und Förster, vom Sekretariat der Parteisekretär Richard Kummetz, der Pressereferent Schirrmeister und der Justitiar Dr. Georg Münzer sowie von der Abteilung Kulturelle Beziehungen die Referenten Link und Domeyer.<sup>26</sup> Diese "Aussprachen" bestätigen im wesentlichen den Eindruck, den bereits die Berichte der Hauptabteilung Bildende Kunst vermittelten. Der Theaterreferent Willi Lewin, der die Ereignisse in Halle und Magdeburg schilderte, sprach von "Tagen der Provokation und der Ausschweifungen". Ernst Hoffmann, der in Dresden und Leipzig gewesen war, konstatierte beunruhigt, daß "die Schleusen der Beredsamkeit geöffnet sind und die Menschen diskutieren. Die Vertrauenskrise ist noch nicht überwunden." Für ihn bestand kein Zweifel, daß "faschistische Elemente" die Demonstrationen angeführt hätten: "Es kam ganz klar zutage, wie weit der Nazismus und Faschismus noch in den Menschen steckt." Für die leitenden Mitarbeiter der Kunstkommission ergab sich folgendes Bild der Lage:

- unter den Künstlern herrsche weitgehend eine passive Stimmung; sie seien besorgt

um ihre materielle Sicherheit (unterschiedliche Behandlung bei den mit ihnen abgeschlossenen Einzelverträgen sowie bei der Erteilung von Lebensmittelkarten; ungeklärte Fragen der Altersversorgung);

- sie äußerten Unzufriedenheit mit der SED und der Kunstverwaltung ("Die Partei liebt uns nicht. Die Regierung tut viel für uns, aber die Regierung arbeitet mit Verfügungen, nicht mit Menschen, es gibt keinen Kontakt" - "In der Kunstverwaltung sitzen sehr viele Menschen, die von innen kalt sind und die Künstler werden nicht mit ihnen warm");
- es gebe starke Kritik an der Zusammenarbeit mit der Kunstkommission;
- Mißtrauen herrsche (vor allem des technischen Personals in den Theatern, Orchestern und Werkstätten) gegenüber den Beschlüssen der Regierung und der Partei ("Warum tritt die Regierung nicht zurück, wenn sie Fehler gemacht hat?" - "Wo ist Wilhelm Pieck?" - "Wie verhält sich Walter Ulbricht und die Partei?");
- als "Kernfrage" werde fast überall der Panzereinsatz diskutiert ("Arbeiter schießen auf Arbeiter" - "Jetzt ist der Krieg da!").

Die sogenannte künstlerische Intelligenz der DDR hatte sich, so konnten die Kunstfunktionäre erleichtert und voll Genugtuung feststellen, von den Streikenden offensichtlich nicht "provozieren" lassen und auch nicht an deren "Ausschweifungen" teilgenommen. Während das Vertrauen einer Mehrheit der technischen Mitarbeiter der Theater und Kunstinstitute gegenüber Partei und Regierung stark erschüttert war, richtete sich die von den Künstlern vorgebrachte Kritik nicht gegen die SED oder die von ihr verordnete Kulturpolitik - attackiert wurde lediglich die Art ihrer "Administrierung" durch inkompetente und überhebliche (staatliche) Kunstverwalter. Um der aufgewühlten Stimmung zu begegnen, die nach dem 17. Juni auch unter einigen Künstlern sowie zahlreichen Kunstdozenten, Studenten und Verbandsfunktionären (und insbesondere unter den SED-Kadern

<sup>26</sup> Die Protokolle befinden sich im Bestand "Sekretariat" der Kunstkommission: BArch, DR 1/5858, unpaginiert. Es handelt sich dabei um fünf Protokolle von insgesamt 12 Schreibmaschinenseiten (undatiert, ohne Unterschrift).

auf Bezirks- und Kreisebene) herrschte, wurden als "Sofortmaßnahmen" beschlossen:

- Vertiefung der innerbetrieblichen Schulung in den zentralen Bezirken und Kreisstellen (das "Parteijahr" reichte nicht aus);
- verstärkte "Anleitung und Kontrolle" der Bezirksverwaltungen und Kreisreferenten durch die Kunstkommission;
- Verbesserung der Personalstruktur in den Abteilungen für Kunst und kulturelle Massenarbeit der Bezirke durch fachlich qualifizierte Referenten;
- verstärkte Beobachtung der Lehrkräfte an den Hochschulen und Konservatorien;
- Überwachung der Neuaufnahmen der Studenten;
- stärkere Berücksichtigung des Ostens, Nordens und Nordwestens der DDR bei künftigen Instruktionsfahrten;
- Aufstellung eines ständigen, organisierten Reiseplans für die verantwortlichen Mitarbeiter der Kunstkommission;
- Regelung der Altersversorgung für anerkannte Künstler;
- die Organisation von Versammlungen und Veranstaltungen mit führenden Künstlern der DDR sei künftig eine zentrale Angelegenheit (Maria Rentmeister: "Es geht nicht, daß unsere Institutionen jetzt von einer Versammlungswelle überflutet werden, auf denen dann Referenten der Gewerkschaften sprechen");
- Überprüfung der Maßnahmen des Finanzministeriums.

Ernst Hoffmann hob abschließend sogar als erfreuliches Ergebnis dieser "Einsätze" hervor, daß die Kunstbehörde damit endlich einmal "einen querschnittmäßigen Überblick" über die gesamte Arbeit der künstlerischen Institutionen der DDR erhalten habe.

#### *Der Abschlußbericht*

Die Niederschriften der Instrukteure über ihre Einsätze in der DDR aus Anlaß der

Vorkommnisse vom 17. Juni 1953 waren zunächst in den jeweiligen Abteilungen gesammelt worden. Die Ergebnisse wurden von den leitenden Mitarbeitern in mehreren "Aussprachen" diskutiert und anschließend in einem Abschlußbericht zusammengefaßt. Diesen von Helmut Holtzhauer unterzeichneten Bericht vom 8. Juli 1953 schickte der Justitiar der Kunstkommission, Dr. Georg Münzer, an den Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, Fritz Lange.<sup>27</sup> Der "Bericht über die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bereich der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten"<sup>28</sup> umfaßt nur drei Schreibmaschinen-seiten. In zwei Abschnitten wird über die Ereignisse in Berlin und in den Bezirken der DDR berichtet. Der Verfasser legt gleich zu Beginn Wert auf die Feststellung, daß in der Kunstbehörde selbst "die Arbeit ruhig durchgeführt" worden sei und die noch am 17. Juni einberufene Belegschaftsversammlung mit einem "Hoch auf die Deutsche Demokratische Republik und ihre Regierung" geendet habe. Die Berliner Theater und Kunstschulen werden nur kurz behandelt ("keine besonderen Demonstrationen"), ein Lob gilt dem Intendanten des Deutschen Theaters, Wolfgang Langhoff, der bereits vor dem 17. Juni mit seinen Schauspielern über die Erklärung des ZK vom 9. Juni 1953 diskutiert habe. Im Gegensatz zu den Schauspielern sollen jedoch die Orchesterangehörigen und Techniker der Berliner Bühnen (wie der Theater in den Bezirken) eher dazu geneigt haben, sich mit den Streikenden zu solidarisieren. Besonderen "Provokationen" wegen ihrer

<sup>27</sup> Diese Einrichtung bestand seit 1952 und war die Nachfolgerin der am 15.6.1948 geschaffenen Zentralen Kontrollkommission der DWK. Als eines der zahlreichen bürokratischen Instrumente der SED hatte sie die Einhaltung der Gesetze, Beschlüsse und volkswirtschaftlichen Planaufgaben zu überwachen. Ihr Leiter war bereits seit 1948 das frühere KPD-Mitglied Fritz Lange (1954 bis 1958 Minister für Volksbildung). 1963 wurde die Kommission in "Arbeiter- und Bauerninspektion" umbenannt und existierte bis 1990.

<sup>28</sup> Siehe BArch, DR 1/5858, unpaginiert, Bestand "Sekretariat".

unmittelbaren Nähe zur Grenze sei die Deutsche Konzert- und Gastspielführung ausgesetzt gewesen, aber auch deren Belegschaftsversammlung habe noch am 17. Juni ein "Treuebekenntnis zur Regierung" abgelegt.

Der Bericht über die Bezirke gliedert sich in drei Teile. Der erste befaßt sich in wenigen Absätzen mit den künstlerischen Hochschulen in Leipzig, Dresden und Weimar. Alle Lehranstalten hätten den Schutz ihrer Schule organisiert, und trotz der Unruhen seien die Prüfungen durchgeführt worden. Die Einstellung unter den Studenten sei "positiv", insgesamt hätten sich nur acht Studenten an den Demonstrationen beteiligt (ein Schüler der Fachschule für angewandte Kunst in Leipzig sei noch in Haft). Der zweite Teil, der die Situation an den Theatern und Orchestern in Leipzig, Magdeburg, Halle, Brandenburg und Potsdam thematisiert, fiel umfangreicher aus. Es werden "unterschiedliche Einstellungen zu den Demonstrationen" festgestellt und positive wie negative Beispiele (mit den Namen der betreffenden Schauspielerinnen und Intendanten) zitiert. Eigens hervorgehoben wird eine Initiative der Kunstkommission, die durch einen Aufruf in der Presse dafür gesorgt habe, daß der Spielbetrieb - nach kurzer Unterbrechung - bereits am 28. Juni wieder aufgenommen worden sei. Zudem sei es vor allem dem von ihr geförderten Volkskunstensemble in Warnemünde zu verdanken, daß die dortigen Jugendlichen nur "geringfügig" an den Demonstrationen teilgenommen hätten. Der dritte Teil (ein Absatz) vermerkt lediglich die Tatsache, daß durch diese Instrukteursätze auch Wünsche und Beschwerden der einzelnen Kunstinstitutionen zur Kenntnis genommen werden konnten. Abschließend wird in bewährtem Parteideutsch auf diverse "schriftlich niedergelegte" Stellungnahmen des Kollegiums und der Kunstkommission "zu Schlußfolgerungen aus Mängeln in der Arbeit auf Grund des neuen Kurses" hingewiesen, "die sowohl langfristige Veränderungen als auch konkrete unmittelbar durchzuführende Maßnahmen im Sinne der

Korrektur bestimmter Anordnungen und Beschlüsse enthalten."

### 3. Resümee

Der Abschlußbericht der Kunstkommission gibt im wesentlichen den Inhalt der Besprechungen wieder, wie er in den Gesprächsprotokollen der Leitungsrunden festgehalten wurde. Zahlreiche Einzelheiten und Vorkommnisse sowie auch konkret angesprochene und diskutierte Mißstände blieben allerdings unerwähnt. Vor allem die tiefe Verunsicherung gegenüber Partei und Regierung und die Verstörung der Menschen angesichts der russischen Panzer wurden verschwiegen. In seiner glättenden Unbestimmtheit stellt er alles andere als eine Analyse der tatsächlichen Geschehnisse dar, zu der die beteiligten Kulturkader vermutlich weder willens noch in der Lage waren. Über die Reaktion seiner "Auftraggeber" im Parteiapparat ist leider (noch) nichts bekannt. Vielleicht hat der Bericht sogar dazu beigetragen, das Ende der Kunstkommission zu beschleunigen, die ja nicht nur unter den Künstlern und Intellektuellen, sondern auch bei den Kulturkadern der SED nicht unumstritten war.<sup>29</sup> Seit Mitte des Jahres 1953 spielte sie jedenfalls in den Arbeitsplänen der SED-Kulturabteilung keine Rolle mehr: Die Führungsgremien der Partei waren längst mit den Vorbereitungen einer neuen staatlichen Einrichtung - dem zentralen Ministerium für Kultur - beschäftigt.

Es ist anzunehmen, daß in den Beständen der anderen Fachabteilungen der Kunstkommission - vor allem der Abteilungen Musik, Theater und Lehranstalten sowie der Kaderabteilung (Personalabteilung) - ebenfalls entsprechende Niederschriften über die Ereignisse nach dem 17. Juni 1953 vorhanden sind. Deren Auswertung dürfte genauere Kenntnisse über die damaligen

<sup>29</sup> Sogar Walter Ulbricht hatte Kritik an der Kunstkommission geäußert und ihr vorgeworfen, sie arbeite "zu sporadisch und geheimnisvoll" (Aktennotiz von Egon Rentzsch, Leiter der ZK-Kulturabteilung, vom 29. November 1951, siehe: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/9.06/13).

Akteure und Aktionen bieten. Die bisher eingesehenen Lageberichte und Gesprächsprotokolle bestätigen allerdings die von der Forschung vertretene Auffassung, daß sich die sogenannte künstlerische Intelligenz der DDR sehr zurückhaltend, ja passiv verhalten und eine Solidarisierung mit den Streikenden nicht stattgefunden habe. Die Frage nach dem individuellen Verhalten der Künstler sowie des Lehrpersonals und der Studierenden an den Kunsthochschulen ist bisher noch nicht beantwortet.

### Literatur

- Deutsche Kulturpolitik. Reden von Otto Grotewohl, Dresden 1952
- Dietzel, Ulrich/Geißler, Gudrun (Hrsg.): Zwischen Diskussion und Disziplin. Dokumente zur Geschichte der Akademie der Künste (Ost) 1945-1983 (noch unveröffentlicht)
- Heider, Magdalena: Politik-Kultur-Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954 in der SBZ/DDR, Köln 1993
- Heider, Magdalena/Thöns, Kerstin (Hrsg.): Die SED und die Intellektuellen in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbund-Protokolle, Köln 1990
- Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995
- Knoth, Nicola: Loyale Intelligenz? Vorschläge und Forderungen 1953, in: Cerny, Jochen (Hrsg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig et al. 1990
- Kowalczyk, Ilko-Sascha et al. (Hrsg.): Der Tag X - 17. Juni 1953. Die "Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1995 (Taschenbuchausgabe)
- Rühle, Jürgen: Der 17. Juni und die Intellektuellen, in: Spittmann, Ilse/Fricke, Karl Wilhelm (Hrsg.): 17. Juni 1953, Köln 1988
- Spittmann, Ilse/Fricke, Karl Wilhelm (Hrsg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1988
- Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 1993